



K-Frage



Seite 3

Verdrängung



Seite 5

Wabe



Seite 6

Aus BVV und Ausschüssen

Von wegen Kungelrunde



Am 11. Mai debattierte Bezirksverordnetenversammlung (BVV) die Zukunft des Rangierbahnhofes Heinersdorf. Der Eigentümer der Fläche, Kurt Krieger, Inhaber von Möbel Höffner, hatte zuvor ein Allparteiengespräch angeregt, um seine Pläne vorzustellen, damit sich über Parteigrenzen hinweg auf Grundlinien der künftigen Entwicklung des Areals verständigt werden kann. Nur die Grünen wollten nicht, um hinterher zu erklären, man nähme an Kungelrunden nicht teil. In der von ihnen beantragten aktuellen Stunde zum Rangierbahnhof, obgleich das Thema bereits auf der Tagesordnung der BVV stand, versuchten sie, der Öffentlichkeit zu erzählen, alle außer ihnen wollten an den Bürgern vorbei mit Krieger eine Bausünde hinter verschlossenen Türen planen. In der späteren Antragsbehandlung kam es zu einer kleinen Redeschlacht. Der Stadtentwicklungsausschuss legte der BVV einen Antrag vor, der Eckpunkte für die künftige Entwicklung des Areals beschreibt.

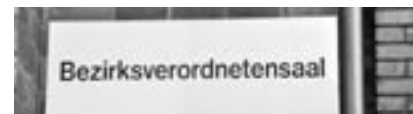
Eine Schule soll es geben für 1.200 Kinder, einen Park mit 1.200 Bäumen, eine Durchwegung von der Granitz- zur Damerowstraße, einen städtebaulichen Wettbewerb für die Entwicklung eines Stadtplatzes im Bereich Berliner Allee, ein Möbelhaus in ökologischer Bauweise und eine Bürgerbeteiligung, die über das Übliche weit hinaus geht. Den Grünen war nichts recht zu machen. Der Antrag wurde als Vorfestlegung einer künftigen Bebauung dargestellt, was falsch ist, da nur planungsrechtliche Bescheide Relevanz haben, nicht aber Willensbekundungen der BVV. Es herrscht auf der Fläche noch nicht einmal Baurecht. Ein Änderungsantrag der Grünen, der so tat, als gehöre die Fläche dem Land Berlin, das darauf bauen könne, was es wolle, wurde abgelehnt. Der Antrag des Stadtentwicklungsausschusses wurde mit breiter Mehrheit verabschiedet.

DIE LINKE will die Entwicklung des Areals. Die Art und Weise der Bebauung und Nutzung der rie-

sigen Fläche wird weitreichende Folgen für die Entwicklung von Pankow und darüber hinaus haben. Stadträumliche Beziehungen verschieben sich, ein Stadtteil entsteht neu, der Ortsteil Pankow wächst zusammen. Im Wissen um diese Wirkungen ist es richtig, frühzeitig die Bezirksinteressen an Infrastrukturreinrichtungen, Gewerbe, Grünflächen und Verkehrslösungen miteinander zu diskutieren. Dies ist mit dem gestrigen Beschluss geschehen. Wir werden in diesem Prozess darauf achten, dass die Interessen der Pankower Bevölkerung dabei einfließen. Nur so kann gewährleistet werden, dass der Rangierbahnhof nicht zum langjährigen Zankapfel, sondern von allen Beteiligten und Betroffenen als Chance zur gemeinsamen Gestaltung begriffen wird.

Sören Benn

Bezirksverordneter



Kuh auf dem Eis



Kurz nach Ostern glaubten viele, die Kuh wäre vom Eis. Seit Jahren unterstützt die LINKE in Berlin das Ziel, den gesamten Mauerpark fertig zu stellen und ihn nicht, wenn auch nur teilweise, überbauen zu lassen. Es geht bei der Fertigstellung um die Flächen im Wedding und nicht um den Teil im Prenzlauer Berg. Dem Wiener Immobilienunternehmen Vivico gehören zehn Hektar Fläche des Mauerparks auf Weddinger Seite. Dessen Plan ist es, dem Land Berlin sechs Hektar für die Mauerparkerweiterung zu überlassen und dafür ein millionenschweres Baurecht für große Wohnhäuser auf der restlichen Fläche zu erhalten. Das wird mit den dann neuen Anwohnern Konflikte hervorbringen. Es besteht die Gefahr, dass der Mauerpark nicht mehr so genutzt werden kann wie heute. Das Beste ist daher: Keine Bebauung im Mauerpark. Bauen könnte Vivico nur, wenn in der Bezirksverordnetenversamm-

lung (BVV) Mitte ein Bebauungsplan beschlossen wird. Nach Ostern erklärten die Grünen durch ihre Bürgermeisterkandidaten für Mitte und Pankow, Andrea Fischer und Jens-Holger Kirchner, dass der Mauerpark als Weltbürgerpark fertig gestellt werden soll. Ihnen ging es um „die komplette Fertigstellung des Parks auf Weddinger Seite“ und um die Unterstützung der neu gegründeten Mauerparkstiftung Welt-Bürger-Park. Damit wären die Mehrheitsverhältnisse in der BVV Mitte gekippt. Die SPD stände mit ihrem Stadtrat Ephraim Gothe allein da und der Bebauungsplan käme nicht zustande.

Die Freude unter den Befürwortern des Mauerparks war nur von kurzer Dauer. Seit dem 4. Mai ist es nun schon wieder ganz anders. Die BVV-Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und ihre Bürgermeisterkandidatin Andrea Fischer meinen, man habe sie falsch verstanden. Ihre vorhergehende Er-

klärung solle man nur „als einen möglichen Weg“ sehen. Wie es nun weiter geht, ist durch dieses Agieren der Grünen wieder offen. Sicher haben Grüne und SPD schon Pläne für die Zeit nach den Wahlen am 18. September. SPD-Baustadtrat Gothe hat bereits vor drei Wochen öffentlich bekundet, dass er den Planungsprozess zur Bebauung der Vivico-Flächen bis nach der Wahl aussetzt. Was kommen wird unter Grün-Rot ist eine massive Bebauung, bis sieben Geschosse hoch, Büros, Hotels, Discounter und viele Eigentumswohnungen.

Thomas Goetzke

Bezirksverordneter



Das Interview

Die K-Frage

Christine Keil steht seit 15 Jahren an vorderster Front der Kommunalpolitik, derzeit als stellvertretende Bezirksbürgermeisterin und Stadträtin für Jugend und Immobilien in Pankow. Die Mutter von zwei Söhnen ist Spitzenkandidatin der LINKEN für die Bezirksverordnetenversammlung Pankow (BVV) und damit zugleich Kandidatin für das Amt der Bezirksbürgermeisterin bei den Wahlen am 18. September. Ihre hohe Professionalität bei der Führung von Verwaltung schätzt man nicht nur im eigenen politischen Lager. extraDrei sprach mit der Pankower Frontfrau der LINKEN:

Dreimal K: Keil, Köhne von der SPD und Kirchner von den Grünen wollen auf den Bürgermeistersessel. Da dürfte im Wahlkampf um diese K-Frage ein harscher Wind blasen. Bist Du gewappnet?

Auf jeden Fall. Mich hat in all den Jahren der Kommunalpolitik immer interessiert, wie die Dinge des Alltags für die Menschen im Bezirk gelöst werden können und nicht der große Auftritt. Sich gleichbleibend engagieren, zuhören, Lösungen suchen, andere einbeziehen, auch ehrlich zugeben, wenn etwas nicht geht, zählt langfristig. Für mich stehen der soziale Zusammenhalt und das Zusammenleben in allen Ortsteilen des Bezirks, bezahlbarer Wohnraum, Erhalt der kommunalen Sozial-, Jugend- und Kultureinrichtungen, ausreichend und gute Kita- und Schulplätze im Vordergrund. Eine bessere Unterstützung für Familien stelle ich mir als Aufgabe für die nächste Wahlperiode. Da die LINKE hier immer konsequent gestritten und Erfolge erzielt hat, führen wir einen glaubwürdigen Wahlkampf.

Was zieht Dich als diplomierte Maschinenbauerin in die Politik? Könntest Du ohne nicht viel entspannter leben?

Klar, auch die „kleine“ Kommunalpolitik ist mit großen Anforderungen an Ausdauer, Belastbarkeit, Flexibilität, schnellem Einarbeiten in neue Themen, im

Umgang mit Bürgern und Mitarbeitern verbunden. Aber die Arbeit ist konkret, nie langweilig und ich sehe unmittelbar die Ergebnisse meines Tuns. Ohne Politik ist entspannt, mit - belebend. Damit kein falscher Eindruck entsteht, ich war sehr gern 18 Jahre als Diplom-Ingenieurin im Maschinenbau tätig. Ich habe mir Anfang 1996 lange überlegt, ob ich mich als Stadträtin zur Wahl stelle, es aber nicht bereut.

Was ist Kernaussage Deiner politischen Absichten, wenn Du Dich den Pankower Bürgern vorstellst? Worin unterscheidet sich linke Politik?

Linke Politik ist konsequent sozial. Wir unterstützen die sozial Schwachen, lehnen Neiddiskussionen gegenüber Sozialhilfe- oder Hartz IV-Empfängern ab. Der Entmündigung von Eltern, die soziale Hilfeleistungen erfahren, wie beim sogenannten Bildungs- und Teilhabepaket, ist DIE LINKE von Anfang an entgegengetreten. Chancengleichheit aller Kinder von Kita über (Gemeinschafts-)Schule bis zur Ausbildung ist unser Thema. Als linke Stadträtin bin ich immer der totalen Übertragung öffentlicher Aufgaben auf Dritte entgegengetreten. Wir brauchen kommunale Kitas, Jugendclubs, kulturelle Einrichtungen und starke öffentliche Schulen.



Dass Pankow ein lebenswerter Bezirk für alle sein soll, steht in Deiner Bewerbung für diese Kandidatur. Worauf richtet sich dabei Dein besonderes Augenmerk?

Ich möchte, dass sich die Bürger in Buch oder Buchholz genauso wohl fühlen in ihrem Bezirk wie die Bürger am Kollwitzplatz. Dafür muss die Kommune alle Ortsteile im

Auge behalten. Im Jugendbereich wird bspw. sozialräumlich gearbeitet, es gibt Planungsraumkonferenzen in allen Ortsteilen, mit örtlichen Akteuren wird über die Entwicklung im Kiez beraten und Maßnahmen verabredet. Es geht auch um den Erhalt und die Sanierung öffentlicher Infrastruktur sowie die Sicherung von Wohnbedingungen, die ein Zusammenleben aller Bevölkerungsschichten in allen Kiezen ermöglichen. Die Vielfalt des Bezirks mit seinen Ortsteilen, den unterschiedlichen Lebensentwürfen, den vielfältigen Angeboten ist ein Gewinn.

Kommunalpolitikerin zu sein, ist oft Sisyphosarbeit. Wo holst Du Dir Kraft und Motivation?

Die Vielfalt der Kommunalpolitik bietet immer wieder neue Herausforderungen und echte Erfolgserlebnisse, die motivieren. Ärger belastet mich nicht ewig. Ich schaffe es (meistens), im Urlaub abzuschalten und mich zu erholen.

Hast Du ein Lebensmotto?

Ich denke positiv, ich suche nicht das Haar in der Suppe.

Welche natürliche Gabe würdest Du gern besitzen?

Für meine Aufgaben, kann ich streiten wie verrückt und Erfolge erzielen. Ich muss sie noch besser verkaufen können. Witzig reden können.

Interview:
Gisela Blank



Kitaplatzmangel

Kinder, Kinder - Kita, Kita



In Pankow ist die Versorgungslage mit Kita-Plätzen angespannt und wird sich noch mehr verschärfen. In den nächsten zwei Jahren werden jeweils rund 3.400 Kinder eingeschult, aber in derselben Zeit müssen jeweils rund 4.100 Krippenkinder aufgenommen werden. In den letzten drei Jahren wurden in Pankow jeweils 4.100 bis 4.200 Kinder geboren. Zusätzlich erhöht sich die Zahl der Kita-Kinder in Pankow durch Zuzüge um etwa 200.

Aus diesen Fakten wurde ein zusätzlicher Bedarf für Pankow von rund 800 Kita-Plätzen abgeleitet. Besonders schwierig ist die Lage in Prenzlauer Berg und Pankow-Zentrum. Aktuell nehmen wir wieder vier ehemalige Kitas und einen Teil eines ehemaligen Schulgebäudes ins Netz. Wir bestätigen die Gründung von Eltern-Initiativ-Kitas und haben eine weitere Kita in die Investitionsplanung aufgenommen. Eine Verbesserung der

Platzsituation tritt auch nach Fertigstellung vieler Baumaßnahmen aus dem Konjunkturpaket und dem Bundesprogramm zum Ausbau von Krippenplätzen ein. Ein anderes Problem ist der in Berlin herrschende Mangel an Erzieherinnen. Alle Kita-Träger signalisieren Schwierigkeiten, das notwendige Personal einzustellen. Deshalb habe ich Ende März mit dem Jugendamt und den Kita-Trägern einen runden Tisch zur Personalsituation durchgeführt. Unsere Vorschläge für eine sofortige



Verbesserung haben wir an die zuständige Senatsverwaltung weitergegeben. So gelingt es, alle Kinder mit einem Platz zu versorgen, allerdings nicht immer um die Ecke. Zur Einordnung der Kita-Situation noch einige Zahlen: Aktuell leben in Pankow 23.200 unter 6-jährige Kinder, es gibt 17.604 Kita-Plätze. Das ergibt eine Versorgungssituation von 77,4 Prozent, wobei berücksichtigt werden muss, dass die meisten Kinder im ersten Lebensjahr zu Hause sind. In den letzten beiden Jahren wurden 2.288 Kita-Plätze neu geschaffen, das ist ein Zuwachs um 15 Prozent. In derselben Zeit hat die Zahl der unter 6-jährigen Kinder um 1.903 zugenommen. Wir haben also mehr neue Plätze als „neue“ Kinder. Trotzdem ist die Situation angespannt. Ich nehme die Sorgen der Eltern sehr ernst, die ohne den wichtigen Kita-Platz dastehen.

Christine Keil
Jugendstadträtin

Schule – keine Privatsache



Jahrgangübergreifendes Lernen (JüL), Schuleingangsphase (SapH), Schulstrukturreform, Integrierte Sekundarschule (ISS), Gemeinschaftsschule, Inklusion ... Wie, Sie verstehen die heutige Schule nicht? Früher ging's doch auch?

Nun denn: früher gab es Röhrenfernseher, analoge TV-Programme, Telefone mit Wahlscheibe, Bäcker und Schuster um die Ecke ... Heute gibt es schnurlose DACT-Telefone, Handy, skype, voice over IP, HDTV, digitale TV-Programme, Internet, twitter, schülerVZ, Discounter ... Kurzum: Unsere Lebenswelt und damit auch die der Kinder hat sich enorm verändert. Zum Besseren? Auch die Anforderungen an die Elternschaft haben sich verändert. Kinder werden zunehmend als "Privatproblem" betrachtet. Wer es sich leisten kann, bezahlt den Nachhilfeunterricht, schickt seine Kinder auf Privatschulen, in die Musikschule. Was sollen bzw. müssen Kinder heute können? Sie sagen: Lesen, Schreiben, Rechnen, selbstständig sein, emphatisch sein

sowie lernen, Verantwortung für die Gesellschaft und Gemeinschaft zu übernehmen.

Wie kann dies gelingen und was können wir dafür tun? Die Rahmenbedingungen müssen stimmen. Die Schule soll ein Ort sein, wo jedes Kind gern hinget und Bedingungen für sich und seine Bedürfnisse findet, unabhängig vom Geldbeutel der Eltern. Ein guter und wichtiger Schritt ist die Einführung der Integrierten Sekundarschule (ISS) und damit die Abschaffung der Hauptschule. Gelungen ist auch der Start der Gemeinschaftsschulen. Unsere beiden Pankower Gemeinschaftsschulen (Wilhelm-von-Humboldt-Schule und Tesla-Schule) sind übernachgefragt und werden sehr von den Eltern angenommen, weil das Konzept schlicht überzeugt.

Nur, und dafür streiten Eltern jahrein jahraus: Ohne gut ausgebildete Lehrer und Erzieher, Unterstützung durch Sozialarbeiter, Sozialpädagogen und Schulpsychologen, kurzum ausreichendem Personal, kann dies nicht gelingen.

Auch die baulichen Zustände der Pankower Schulen lassen Eltern oft verzweifeln und dabei geht es noch nicht einmal um die turnusmäßigen und nötigen Instandhaltungen und Schönheitsreparaturen.

Es gibt also noch viel zu tun für unsere 27.313 Pankower Schüler an 41 Grundschulen, zwei Gemeinschaftsschulen, vier Sonderschulen, neun Integrierten Sekundarschulen und acht Gymnasien. Denn: ... wenn ich nichts anfangen kann, kann ich auch nichts aufhören ... (Emilian, 6 Jahre).

Kathrin Schulz
Elternvertreterin



Wohnen muss bezahlbar sein

Bezahlbarer Wohnraum ist eine der wichtigsten Aufgaben kommunaler Daseinsvorsorge. Die Schere zwischen Wohlstandsinselfen und abgegrenzten Wohnquartieren scheint sich zu vergrößern. extraDrei wollte von Michail Nelken (DIE LINKE), der als Bezirksstadtrat in Pankow u.a. auch für die Stadtentwicklung zuständig ist, wissen, ob diese Beobachtung stimmt:

Werden die sozial Schwachen mehr und mehr in Pankow verdrängt?

Haushalte mit geringem Einkommen haben es angesichts steigender Mieten in zahlreichen Wohnquartieren des Bezirks immer schwerer, ihre Wohnungen zu halten. Auf Grund der besonders hohen Neuvertragsmieten ist ein Zuzug in diese Gebiete für solche Haushalte de facto ausgeschlossen. Das bedeutet, dass in Pankow soziale Verdrängungsprozesse stattfinden. Einkommensschwache Haushalte werden aus den begehrten Wohnlagen in Prenzlauer Berg, Alt-Pankow Zentrum, Niederschönhausen/Rosenthal sowie den südlichen Weißensee in die industriell errichteten Großsiedlungen, insbesondere in den Randlagen des Bezirks und in andere Bezirke verdrängt.

Wie schafft man den Spagat zwischen Modernisierung und sozial verträglichen Mieten?

In der Regel haben es die Hauseigentümer in der Hand, durch eine Sanierung einen zeitgemäßen Wohnungsstandard zu sozial verträglichen Mieten herzustellen. Kosten- und Standardbegrenzungen, Eigenmitteleinsatz zur Finanzierung, Begrenzung und Streckung der Modernisierungsumlage, Inanspruchnahme von Fördermitteln für die energetische Modernisierung u.a.m. sind Stellschrauben, durch deren sinnvoll kombinierte Nutzung auch nach der Sanierung sozial verträgliche Mieten möglich wären. Dies ist in der Realität die Ausnahme. Wenn die „Modernisierungskosten“ ungebremst vollständig durch eine Mieterhöhung finanziert werden sollen, sind sozialverträgliche Mieten nicht

realisierbar.

Sofern die Frage auf staatliche Eingriffsmöglichkeiten zielt, so können Behörden nicht direkt in das privatrechtliche Mietverhältnis eingreifen. Mit baurechtlichen Instrumenten kann die Gemeinde Ausstattungsstandards beschränken (Milieuschutz) oder auf anderem Wege Einfluss auf die Preise des lokalen Immobilienmarktes und Beschränkung bzw. Beförderung bestimmter Verwertungsmodelle nehmen. Zudem besteht die Möglichkeit der öffentlichen Förderung von Sanierungsmaßnahmen, deren Gewährung an Mietpreisbindungen und Belegungsrechte vertraglich gekoppelt wird.

Wann ist überhaupt eine Miete sozial verträglich zu nennen?

Wörtlich genommen bedeutet dies



eine Verträglichkeit der Wohnungsmiete mit dem Einkommensvolumen des Mieterhaushaltes. Umgangssprachlich zielt der Begriff nicht auf die Mieten aller Einkommensschichten, sondern nur auf die Bezahlbarkeit durch einkommensschwache Haushalte und durch Transferempfänger wie Hartz IV- oder auch Grundsicherungsempfänger ab. Im Falle von Transferleistungen geht es um die Kompatibilität mit den Vorschriften der Wohnkostenzuschussung bzw. -übernahme.

Ist der Berliner Mietspiegel überhaupt das Papier wert, auf dem er gedruckt ist?

Ja, denn er spiegelt die Mietenentwicklung des jeweiligen Bezugszeitrahmens qualifiziert ab. Das ist anerkannt und gerichtlich festgestellt. Es gilt zu begreifen, dass der „Mietspiegel“ kein Instrument der direkten Mietensteuerung ist und nicht sein kann. Man sollte nicht den Spiegel

zerschlagen, wenn das Abbild nicht angenehm ist. Die Kritik, dass er nur die Mietveränderungen, nicht jedoch die unveränderten Bestandsmieten berücksichtigt, ist anachronistisch. Als Instrument des Vergleichsmietenrechts nach § 558 BGB ist es seine Funktion, die „ortsübliche Vergleichsmiete“ aus den Mieten herzuleiten, die in den letzten vier Jahren „vereinbart“ oder „geändert“ wurden. Andernfalls wäre er für die Bestimmung der angemessenen Vergleichsmiete unbrauchbar und hätte für die Mieterhöhungsverlangen der Vermieter keine beschränkende Bindungswirkung. Das wäre zum Nachteil für Mieter.

Welche Note würdest Du der Berliner Wohnungspolitik ganz allgemein geben?

Ungenügend. Es gibt keine langfristige, umfassende Wohnungspolitik der Stadt, sondern allenfalls Feuerwehreinsätze. Der Stopp des Ausverkaufs bei den städtischen Wohnungsbaugesellschaften und die Umorientierung auf deren Sanierung waren richtig. Für deren soziales Wirken in der Stadt gibt es bis heute keine Gesamtstrategie des Eigentümers Berlin.

Interview:
Gisela Blank



Armut

Armer Norden, arme Kinder



Für Armut gibt es viele Definitionen. In Berlin galten 2006 alle Personen als arm, die in Haushalten lebten, deren Haushaltsangehörige ein bedarfsgewichtetes Nettoäquivalenzeinkommen von weniger als 706 Euro erzielten. Das Nettoäquivalenzeinkommen wichtet die Einkommen der Familienmitglieder (eine Person Faktor 1, die Zweite 0,5 und Kinder 0,3), so dass eine Familie mit einem Kind bei einem Nettoeinkommen von weniger als 1.270 Euro als arm gilt. In Berlin betraf das im Jahr 2006 schon ca. 447.000 Menschen, das sind 13,2 Prozent der Bevölkerung. An dieser Situation hat sich bis heute nichts verbessert, im Gegenteil. Hinzu kommt, dass mit einem solchen Einkommen eine der Würde des Menschen entsprechende Teilhabe am gesellschaftlichen Leben nur schwer oder gar nicht möglich ist.

Pankow findet man in dem neuesten „Sozialstrukturatlas“ oder dem „Monitoring Soziale Stadtent-

wicklung 2010“ auf guten bis sehr guten Rangplätzen. Bei uns gibt es keine besonders hohe Arbeitslosigkeit, weniger Sozialhilfe- und Grundsicherungsempfänger und weniger Kinderarmut als in anderen Bezirken. Diese Entwicklung ist im Wesentlichen durch einen massiven Austausch der Wohnbevölkerung entstanden. Trotzdem können bereits jetzt „problematische“ Wohngebiete benannt werden. So sind in Buch, in Karow-Nord und Französisch-Buchholz, aber auch am Volkspark Prenzlauer Berg die Sozialindexwerte negativ und mit schlechter Prognose, während im Süden des Prenzlauer Bergs sehr positive Werte mit guter Prognose angegeben werden.

Von den negativen Entwicklungen sind besonders ältere Menschen betroffen. Sie sind vermehrt auf Sozialleistungen angewiesen und sie wohnen insbesondere in den angeführten Gebieten mit schlechter Prognose. Hier gibt es auch besonders viele von Armut betrof-

fene Kinder, in Pankow sind dies insgesamt über 20.000.

Die Linksfraktion wird sich trotz der schlechter werdenden finanziellen Rahmenbedingungen für die Unterstützung der betroffenen Menschen einsetzen. Auch in einem „unproblematischen“ Bezirk müssen ausreichende Mittel für soziale und kulturelle Projekte eingeplant werden. Es gibt aus unserer Sicht keine Alternative.

Axel Bielefeldt
Bezirksverordneter



Zukunft für Kultur im Thälmannpark

Nur einen Steinwurf vom Thälmannpark entfernt wurde jüngst Richtfest für eines der exklusiven, oder mit anderen Worten für die meisten unerschwinglichen Wohnungsbauprojekte des Bezirks gefeiert. Wer auf den Prenzlauer Bogen Fröbel-, Ecke Ella-Kay-Straße blickt, kann erahnen, was passieren würde, wenn man das Kulturareal im Thälmannpark auf- und zur Verwertung als Liegenschaft freigeben würde.

Dies ist hoffentlich auf absehbare

Zeit abgewendet. Nichts am derzeitigen Zustand zu ändern, garantiert allerdings auch nicht, dass das Kulturareal weiter seiner Funktion nachkommt. Zu offensichtlich sind der Sanierungsbedarf und die baulichen Mängel der teilweise unter Denkmalschutz stehenden Gebäude. Dem Besucher wird dies in den Sanitärräumen augenscheinlich, den Künstlern bei der Vorbereitung des Auftritts in den Garderoben der Wabe, ähnliches lässt sich von der Heizungstechnik und der energetischen Dämmung sagen, ganz zu schweigen vom Fehlen einer akustischen Trennung der Etagen des Hauses, in dem deshalb das Theater unterm Dach, die Jugendtheateretage und die Galerie Parterre keine Veranstaltungen parallel stattfinden lassen können.

Mit der nun beschlossenen Vorgabe an das Bezirksamt, die dringend notwendige Sanierung des letzten großen, mit bezirklichem Personal ausgestatteten und mit seinen

Leistungen breit aufgestellten Kulturstandortes zeitlich vorzuziehen, sind natürlich vor allem die Stadträte und Bezirksverordneten der kommenden Wahlperiode in der Pflicht.

Bei der Aufstellung des nächsten Haushaltes wird es auch einige Mühen kosten, erneute Kürzungen beim Personal des Kulturbereichs abzuwenden, denn mit den neuen Vorgaben des Senates an die Bezirke sind auch deutliche Forderungen zur Stellenreduktion verbunden. Und wieder wird es heißen, dass der Kulturbereich des Bezirkes „Verluste erwirtschaftet“ - dabei liegt es in der Natur der Sache, dass Kulturangebote von der Kommune angeboten werden, eben weil sie sich als „Dienstleistung“ des Marktes nicht rechnen. Solange sich nicht alle Parteien auf diese Einschätzung einigen, sind Kultureinrichtungen perse bedroht.

Matthias Zarbock
Bezirksverordneter



Vielfalt

Blauäugig

„Damit Rassismus funktioniert, reicht es für die braven Leute aus, nichts zu tun“, so Jane Elliott. Auch wenn sich die rechts-extremen Straftaten in Deutschland 2010 (13.622) im Vergleich zu 2009 (19.468) verringert haben, gibt es noch lange keinen Grund aufzuatmen. Denn die Zahlen zeigen nicht die Straftaten an Menschen, die sich nicht wehren können, weil sie weder den Mut haben noch die Unterstützung aus ihrem Umfeld erfahren. Täglich werden Menschen in unserem Umfeld beleidigt, weil sie auf die eine oder andere Art aus der Masse hervorstechen. Viele Beleidigungen werden geschluckt, da sie im Verhältnis zum Aufwand einer polizeilichen Anzeige nicht lohnend scheinen. Dabei wird meist vergessen, dass Beleidigen eine Straftat ist und psychische Gewalt bedeutet. Die Summe vieler Beleidigungen und Herabsetzungen können erhebliche Schäden bei den Opfern

hinterlassen. Jane Elliott, Lehrerin und Anti-Rassismus-Aktivistin, erfand 1968 nach der Ermordung von Martin-Luther King ein Spiel, das später ein erfolgreicher Antirassismus-Workshop wurde. Sie teilte ihre Schüler in Blauäugige und Braunäugige ein und schrieb den Blauäugigen alle schlechte Eigenschaften zu, die bisher den diskriminierten Minderheiten zugeschrieben wurden. Elliot erklärte die Braunäugigen für bessere und intelligentere Menschen und gab ihnen mehr Privilegien als den Blauäugigen. Die weißen Teilnehmer der Workshop-Gruppe der diskriminierten Minderheit erfuhren das erste Mal, wie es ist, willkürlich herabgesetzt zu werden und wie dadurch das Selbstwertgefühl und die Lebenslust abnehmen. Deshalb: Jede Form von Rassismus verhindert die gleichberechtigte Teilhabe aller. DIE LINKE will ein Pankow, in dem kulturelle Vielfalt und entwickelte demokratische

Verhältnisse für alle die Grundlage des Zusammenlebens sind und bereits im Kita-Alter gelebt werden. Damit Opfer rassistischer Gewalt in Pankow Orte haben, an die sie sich wenden können, machen wir – wie andere Initiativen auch - als Anlaufstelle des Pankower Registers mit. Das Register sammelt und dokumentiert rassistisch, antisemitisch, homophob und rechtsextrem motivierte Angriffe, Vorfälle und Propaganda für den Großbezirk Pankow. Damit diese Straftaten öffentlich bekannt gemacht werden und wir gemeinsam dagegen vorgehen können.

Jasmin Giama
Kandidatin für BVV



Gleichstellung

Gleicher Lohn für gleiche Arbeit („equal pay“), Quote, Frauen in Spitzenpositionen, Genderbudget, Vereinbarkeit von Beruf und Familie, Wiedereinstieg in den Beruf, familienfreundliche Unternehmen, Frauenprojekte – alles das (und mehr) findet sich unter dem Schlagwort Gleichstellung von Frauen wieder.

Was ist davon und wie in Pankow in konkrete Politik umzusetzen? Für mich macht es gerade den Reiz kommunaler Politik aus, dass vor Ort mit den AkteurInnen direkt und zusammen überlegt werden kann, wo Fortschritte und Veränderungen notwendig sind und wie sie erreicht werden können.

Ich möchte hier ein Beispiel anführen: das Projekt „Flexible Kinderbetreuung“, das das Frauenzentrum Paula Panke bereits seit 1992 initiiert und Pankow einen besonderen Ruf in der Gleichstellungsarbeit verschafft hat. Mit diesem Projekt konnte nach dem Wegfall der auf Schichtbetrieb eingestellten Betriebskindergärten aus der

DDR zumindest für einen Teil der allein erziehenden Mütter die Vereinbarung von Beruf und Familie weiter ermöglicht werden. Inzwischen hat die Flexibilisierung der Arbeitszeiten ein Ausmaß erreicht, dass der Bedarf an dieser zeitlich flexiblen, bezahlbaren und individuellen Kinderbetreuung für sehr viele Frauen existenziell geworden ist und oft eine Voraussetzung für den Wiedereinstieg in den Beruf nach der Erziehungszeit ist. Bezahlbar war und ist dieses Projekt noch immer aber nur, weil es über den zweiten Arbeitsmarkt läuft. Als eines der ersten Modelle des Öffentlich geförderten Beschäftigungssektors (ÖBS) wird es auch jetzt noch vom Land kofinanziert, die Kinderbetreuerinnen erhalten Existenz sichernde Gehälter, von „gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ allerdings weit entfernt. Nötig wäre eine Verstetigung und öffentliche Finanzierung dieser gleichstellungspolitisch mehrfach wirksamen Leistung, aber sie ist in den gesetzlichen Regelungen nicht

vorgesehen. Was nun könnten wir hier auf kommunaler Ebene tun? Ich denke, wir sollten nicht nur alle gesetzlichen Regelungen nach Umsetzungsmöglichkeiten für diesen Bedarf an einer qualitativ neuen Kinderbetreuung durchforsten, sondern auch kreativ nach weiteren Lösungen suchen, zum Beispiel mit familienfreundlichen Unternehmen. Dazu ein Pilotprojekt - das wäre doch gleichstellungs- und arbeitsmarktpolitisch eine echte Innovation, oder?

Helga Adler
Kandidatin für BVV



In Kürze

Extremismusklausel Mauerpark

LINKE und SPD haben sich gemeinsam in der Bezirksverordnetenversammlung Pankow (BVV) am 11. Mai gegen die Extremismusklausel von Bundesfamilienministerin Schröder (CDU) ausgesprochen. Mit dem Gesinnungs-Check sollen Initiativen gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus potenzielle Partner im Zweifel beim Bund oder Verfassungsschutz als extremistisch melden. Fördergelder werden für die Initiativen an eine sogenannte Demokratieerklärung gekoppelt. Sie müssen sich zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung bekennen und verpflichten, auch Projektpartner auf ihre Treue zum Grundgesetz zu überprüfen. Initiativen stehen vor der existenziellen Entscheidung, die anti-demokratische Erklärung des Bundesfamilienministeriums zu unterschreiben, um die wertvolle Arbeit gegen Rechtsextremismus in Pankow nicht zu gefährden oder die Unterschrift zu verweigern und damit die eigene Arbeit beenden zu müssen.

Der Mauerpark soll größer werden. Die „Mauerpark Stiftung Welt-Bürger-Park“ will nicht nur den Mauerpark unbebaut, sondern den noch in den Händen der Bahntochter Vivico befindlichen Teil kaufen, um den Mauerpark für die Allgemeinheit zu erhalten. Ein Stück Berlin für alle. Die Stiftung wirbt bei Bürgern und Firmen um Spenden und will sie zum symbolischen Kauf von einzelnen Quadratmeter bewegen. DIE LINKE unterstützt das Anliegen. Sie hat immer alle Bebauungsabsichten und Grundstücksdeals bekämpft, die von der damaligen Baustadträtin Dorothee Dubrau (Bündnis 90/Die Grünen) begonnen und vom heutigen Baustadtrat Ephraim Gothe (SPD) fortgesetzt wurden. Die Grünen sind davon erst jetzt halbherzig abgerückt (siehe Beitrag Seite 2). Im Stiftungsrat sitzen Taz-Vizechefredakteur Unfried, der Pankower Bundestagsabgeordnete Liebich (LINKE), der Geschäftsführer der Grünen Liga, Stefan Richter, Grünen-Fraktionschef Ratzmann sowie Ex-Kultursenator Hassemer (CDU).



Mieterschutz

DIE LINKE will nicht, dass angestammte Mieter aus der Masurenstraße 3 bis 8 verdrängt werden. Deshalb soll das Bezirksamt eingreifen. In der Masurenstraße will die Erste Wohnungsgenossenschaft Berlin-Pankow (EWG) 48 Wohnungen modernisieren. Der Modernisierungszuschlag beträgt zwischen 159 bis 198 Euro. Für die zusätzlich angebotene Modernisierung der Bäder würde sich die Miete um weitere 42,85 Euro, für Rollläden im Erdgeschoss um 7,35 Euro und für eine neue Wohnungstür um 8,50 Euro pro Monat erhöhen. Auch für die neuen Balkone soll eine Mieterhöhung erfolgen. Für viele Mieter, davon viele Rentner, ist die Mieterhöhung eine außergewöhnliche Härte. Bislang hat der Vorstand der EWG eine Kappungsgrenze bei 5,30 Euro je qm genauso abgelehnt wie eine Härtefallregelung. Fazit: Die EWG drängt sozial schwache Mieter, die zum Teil älter als 75 Jahre sind, dazu ihre vertraute Wohnung zu verlassen.

WANNWOWASWANNWOWASWANN

23. Mai 18.00 Uhr
Fraktionssitzung der Linksfraktion in der BVV im Fraktionszimmer

24. Mai 18.00 Uhr
Kundgebung und Demonstration „Niemand ist vergessen“ - zum Gedenken an den am 24. Mai 2000 von Neonazis ermordeten Dieter Eich, S-Bahnhof Buch

26. Mai 19.00 Uhr
Jubiläum: 20 Jahre Helle Panke, Empfang im Zeiss-Großplanetarium am S-Bahnhof Prenzlauer Allee

27. Mai 18.00 Uhr
Galeriegespräch zur Foto-Galerie „Eindrücke in Palästina“ mit Fotografin Dominique Maes in der Bezirksgeschäftsstelle

19.00 Uhr
Demokratischer Aufbruch in Nahost und Nordafrika? Arabische BerlinerInnen im Dialog, Lesung und Gespräch der Hellen Panke e.V., im Franz-Club, Schönhauser Allee 36

27.-29. Mai 18.00 Uhr
Fest der LINKEN (ganztagig) in der Kulturbrauerei, Schönhauser Allee 36

30. Mai 17.00 Uhr
Die ökologische Krise, Vortrag und Diskussion, Helle Panke e.V., Kopenhagener Straße 9

31. Mai 19.00 Uhr
Mikis Theodorakis „Weil ich mich nicht Gesetzen beuge“ - Ein Abend über ein Leben in Liedern mit Gina Pietsch und Uwe Streibel, Ausstellung und Kultur, Rosa-Luxemburg-Stiftung, Franz-Mehring-Platz 1

4. Juni 14.00 Uhr
Fete bei Käthe, Kinderfest der LINKEN am Kollwitzplatz

6. Juni 18.00 Uhr
Basistag zur Programmdebatte, Thema: „In welcher Gesellschaft wollen wir leben?“, Gäste: Raja Sharma, Bundesschatzmeister und Ralf Krämer, Sprecher der Sozialistischen LINKEN, Bezirksgeschäftsstelle

19.30 Uhr
Sitzung des Bezirksvorstandes in der Bezirksgeschäftsstelle

20. Juni 18.00 Uhr
Fraktionssitzung der Linksfraktion in der BVV im Fraktionszimmer

21. Juni 18.00 Uhr
„Wir können auch anders!“ - Prekäre kapitalistische Logiken sichtbar machen und durchbrechen, Veranstaltung der Reihe „ROSASALON: Prekäre Bewegungen Feminismen und Kapitalismuskritik“, Rosa-Luxemburg-Stiftung, Magnus-Haus, Am Kupfergraben 7

22. Juni 19.00 Uhr
Sitzung des Bezirksvorstandes in der Bezirksgeschäftsstelle

19.30 Uhr
Generationensolidarität - Warum hat es nach dem Ende der DDR in Ostdeutschland kein „neues 1968“ gegeben, wie es von manchen westdeutschen Beobachtern erwartet worden ist? , Vortrag und Diskussion, Helle Panke e.V., Salon Rohnstock, Schönhauser Allee 12

27. Juni 18.00 Uhr
Fraktionssitzung der Linksfraktion in der BVV im Fraktionszimmer

4. Juli 19.30 Uhr
Sitzung des Bezirksvorstandes in der Bezirksgeschäftsstelle

Impressum

Herausgeber: DIE LINKE.
Bezirksvorstand Berlin Pankow

Kopenhagener Straße 76 in 10437 Berlin
Fon 44 01 77 80 – Fax 44 01 77 81

www.die-linke-pankow.de
eMail: redaktion@die-linke-pankow.de

V.i.S.d.P.: Carsten Schatz

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 12. Mai 2011
Druck: double express Auflage: 6.500

Die nächste Ausgabe der extraDrei erscheint am 18. Oktober 2011

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Kürzungen und stilistische Überarbeitungen von Zuschriften sind vorbehalten. Auch unverlangt eingesandte Berichte, Meinungen, Fotos usw. werden sorgfältig behandelt.

Das Blatt wird durch Spenden finanziert. Spenden können eingezahlt werden direkt in der Geschäftsstelle bzw. in einem der Kiezbüros oder auf folgendes Konto: 43 84 81 68 00 bei der Berliner Bank, BLZ 100 200 00, Verwendungszweck: 810-505.

Diese Spende ist steuerlich absetzbar. Damit wir entsprechende Bescheinigungen für das Finanzamt ausstellen können, benötigen wir Name und Anschrift des Spenders / der Spenderin.

Titelfoto: Schwedter / Oderberger Straße

Fotos: Sandra Kaliga, Michael van der Meer, Katina Schubert, Sandra Brunner

Linksfraktion in der BVV Pankow
Bezirksamt
Fröbelstraße 17, Haus 7,
Fraktionszimmer, Raum 109

DIE LINKE Pankow
Bezirksgeschäftsstelle
Kopenhagener Straße 76,
Nähe S und U Schönhauser Allee